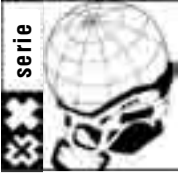


NACHHALTIGKEIT



Der Fluss versiegt



Zehn Monate nach Doha und drei Wochen vor Beginn von Rio+10 sieht es nicht danach aus, als würde in Johannesburg wesentlich mehr als warmer Wind entstehen.

(Foto: Tom Lucas - photon.lu)

... wie der Geist von Rio verwässert wurde und schließlich versickerte.

Die Rio-Konferenz von 1992 war ein historisches Ereignis. Zum ersten Mal wurden Umweltkrise und Armutsbekämpfung zu einer logischen Einheit verknüpft. Daraus entstand das Konzept der nachhaltigen Entwicklung. Zehn Jahre später ist davon nicht sehr viel übrig geblieben. Die Front verläuft mehr denn je zwischen Nord und Süd.

Die ersten Jahre nach 1992 waren Jahre des Aufbruchs. Große Hoffnungen wurden weltweit in den "Geist von Rio" gesetzt, eine neue Form der Zusammenarbeit sollte entstehen zwischen Nord und Süd, zwischen Nicht-Regierungs-Organisationen (NGOs) und Regierungen, ja selbst zwischen NGOs und internationalen Konzernen. Die Nord-Süd-Beziehungen rückten endlich ins Rampenlicht, und über eine neue Weltwirtschaftsordnung konnte wieder gesprochen werden. Es war wohl auch die Aufbruchstimmung nach dem Ende des kalten Krieges, in dem die internationalen Rahmenbedingungen insgesamt zur Debatte standen.

Eine neue internationale Wirtschaftsordnung ist tatsächlich entstanden, aber anders als wir uns das gedacht haben. Seit 1992 hat das Schlagwort der "Globalisierung" allen anderen Konzepten den Rang abgelassen. Die ökonomische Globalisierung ist nicht nur in aller Munde, sie wurde zur Realität. Bereits 1994 wurde in Marrakesch die Welthandelsorganisation (WTO) geschaffen, bei deren Gründung die Entwicklungsländer fürchtlich über den Tisch gezogen wurden. 1) Spätestens ab dem Moment hat der Druck des ökonomisch entwickelten Nordens und der hier ansässigen internationalen Konzerne die Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung im Sinne der Agenda 21 nachhaltig torpediert. Bei der ersten Rio-Nachfolgekonferenz

im Jahre 1997 in New York hatte sich der politische Graben zwischen armen und reichen Ländern bereits derart vertieft, dass es nicht einmal zu einer gemeinsamen Abschlusserklärung kam.

Die Versprechen von Rio

In Rio wurde den Entwicklungsländern Hilfe auf vielen verschiedenen Ebenen versprochen. Doch bereits 1993 fiel die internationale Entwicklungshilfe der OECD-Staaten von 61 Milliarden USD auf 56 Milliarden USD zurück. In den folgenden Jahren hielt dieser Trend an und leere Versprechen der Länder des Nordens wurden zur Regel. Heute zahlen die Länder der OECD durchschnittlich 0,25 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) an Entwicklungshilfe, seit 30 Jahren sollten es versprochene 0,7 Prozent sein.

Auch auf dem Gebiet des Technologietransfers verlief die Entwicklung anders als gedacht: Es wird wesentlich mehr Gewicht auf die Rechte privater Konzerne gelegt und weniger auf die der Allgemeinheit. Besonders in der Debatte um Patentrechte auf Lebewesen und Bio-Diversität wird dies sehr deutlich. Das WTO-Abkommen zum geistigen Eigentum (TRIPS) setzte diesem Prozess die Krone auf. Die Skandale um die Versorgung Afrikas mit Medikamenten im vergangenen Jahr haben gezeigt, wohin das führt. Dass die Verhandlungen um das TRIPS-Abkommen außerhalb der eher demokratisch strukturierten UN-Organisationen stattfanden, zeigt auch, dass vielen reichen Ländern nicht an einer gemeinsamen Verantwortung für die Zukunft dieser Welt gelegen ist. Insgesamt wurde so ein lebenswichtiger Technologietransfer in den Süden in den letzten Jahren stark behindert.

Die Finanz- und Schuldenkrisen in den Schwellenlän-

dern der 90er Jahre taten ein Übriges. Es begann mit der Krise in Mexiko, traf dann Ostasien, Russland, Brasilien, die Türkei und letztlich Argentinien. Die Schuldenkrise, die seit 20 Jahren Afrika beutelt, ist keineswegs überstanden. Daran konnte auch das Aufbegehren der Völker in der "Jubilee-2000"-Kampagne zum Schuldenerlass nichts ändern. Durch die ungelöste Schuldenfalle wird die ökonomische Entwicklung der Schwellenländer vehement abgebremst - die der ärmsten Staaten der Welt findet nicht einmal statt.

So wurde das Konsensmodell, das 1992 in Rio verabschiedet wurde, verwässert. Dieses Modell der internationalen Beziehungen baut auf dem Konzept der "gemeinsamen Verantwortung" auf. Das bedeutet, dass alle Länder die Verantwortung für die Zukunft des Planeten und seiner BewohnerInnen gemeinsam tragen, die Lasten dieser Verantwortung jedoch unterschiedlich verteilt sind.

Dabei ist klar, dass diese Lasten unterschiedlich verteilt sein müssen. Es ist nicht nur so, dass einige Länder reicher sind als andere; es geht vor allem darum, dass einige Länder wesentlich mehr von den natürlichen Ressourcen dieser Welt profitieren als andere. Noch immer liefern die Länder des Südens die Rohstoffe und halbfertigen Industrieprodukte für die nicht nachhaltige Ressourcenvernichtung, die im Norden stattfindet. Es reicht also nicht, dass einige besonders wohlhabende oder gar alle Länder der OECD mit schöngestimmten Worten die Entwicklungshilfe befürworten, es müssen vor allem das bei uns vorherrschende Konsummodell in Frage gestellt und ungerechtfertigte Privilegien abgeschafft werden. Das aber haben unsere PolitikerInnen und ihre Wähler und Wählerinnen in den vergangenen zehn Jahren erfolgreich zu verhindern gewusst.

Die Vorbereitungen einer Konferenz

Die Agenda 21, die 1992 in Rio verabschiedet worden war, wurde im Vorfeld zwei Jahre lang hart verhandelt. Auch dieses Mal gab es mehrere "Prepcom"-Treffen, während derer die Delegationen der verschiedenen Länder und Ländergruppen die Papiere diskutieren konnten und Konsensmodelle ausloteten. Das letzte Treffen dieser Art fand im Juni auf der Insel Bali statt und endete mit einem völligen Stillstand des diplomatischen Karussells. Die Fronten des Dissenses verliefen dabei entlang der Nord-Süd-Linie.

Sicher, über 70 Prozent der Abschlusserklärung, wie sie für Johannesburg vorgesehen ist, stehen. Aber bei den restlichen 30 Prozent ist kein Konsens in Sicht. Dabei geht es vor allem um Handels- und Finanzfragen, also harte Fakten. Die reichen Länder wollen ihre Entwicklungshilfe nicht steigern, von den 0,7 Prozent des BIP ist dabei längst nicht

mehr die Rede, die EU verpflichtete sich zu 0,33 Prozent, die USA liegen etwa bei 0,15 Prozent. Darüber hinaus verweigern sich die USA und Japan jeder Formulierung, die einen kausalen Zusammenhang zwischen Überschuldung und Verarmung herstellt. Dieser Zusammenhang kann jedoch mittlerweile nicht mehr geleugnet werden. Die indonesische NGO INFID errechnete, dass ihr Land täglich pro Einwohner 45 USD Schuldendienst an Japan leistet, während der Staat pro Einwohner und Tag nur zwei USD ausgeben kann für Erziehung und Gesundheitswesen!

Selbstverständlich ist auch der Protektionismus im Bereich der Landwirtschaft in den USA und der EU ein heißes Eisen. Die EU demonstriert Härte, denn für sie befindet sich diese Frage außerhalb des Verhandlungsmandates. Das bedeutet, dass dieser Punkt gar nicht diskutiert werden kann. Weitere strittige Punkte sind die Neuorientierung der internationalen Finanzstrukturen (und deren Kontrolle), das geistige Eigentum und das TRIPS-Abkommen der WTO sowie die Schuldenfrage.

Die Gruppe der 77, die über 130 Entwicklungsländer umfasst, legte in Bali ein "Non-Paper" 2) vor, das in vorsichtigen Worten einige dieser Themen anschnidet und dabei viele Kompromissvorschläge nördlicher Länder mit einbezieht. Es war ein Kompromissvorschlag auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner und somit ein Test, mit dem die Entwicklungsländer sehen wollten, inwiefern die Länder des Nordens zu realen Zugeständnissen bereit wären. Die Kandidaten versagten.

In den Augen der Süd-NGOs und zahlreicher RegierungsvertreterInnen des Südens stellte sich damit heraus, dass der Norden:

- keinem Schuldenerlass für hoch verschuldete Länder zustimmen würde;
- die HIPC-Entschuldungsinitiative nicht auszudehnen gedenkt;
- der öffentlichen Gesundheit keine Vorrechte gegenüber dem geistigen Eigentum einräumt;
- einer nachhaltigen ökonomischen und lokalen Entwicklung nicht den Vorzug gegenüber einer weiteren Liberalisierung des Welthandels geben wird.

Vorschläge für eine nachhaltige Entwicklung

Zehn Monate nach Doha und drei Wochen vor Beginn von Rio+10 sieht es also nicht danach aus, als würde in Johannesburg wesentlich mehr als warmer Wind entstehen (immerhin werden über 60.000 Gäste erwartet). Im besten Fall werden die VertreterInnen der Regierungen es schaffen, die Abschlusserklärung unter Dach und Fach zu bringen. Von einem Meilenstein in Richtung nachhaltige Entwicklung kann aber nicht die Rede sein.

Nachdem die Entwicklungsländer in Doha auf der ministeriellen Konferenz der WTO erneut in letzter Minute vor

vollendete Tatsachen gestellt wurden, kann es sein, dass sie in Johannesburg einige Sachen klar stellen wollen. Nachhaltige Entwicklung und die "Agenda für Entwicklung", die die EU in Doha 3) verabschiedet hat, sind nicht kompatibel. Deshalb sprechen die Entwicklungsländer in Sachen WTO auch nicht von einer "Agenda für Entwicklung".

In Johannesburg müssten also die Weichen umgestellt werden, wenn das mit der nachhaltigen Entwicklung noch klappen soll. Wir brauchen mehr "globale Demokratie", das heißt, transnationale Unternehmen und die für internationale Finanzfragen nach dem 2. Weltkrieg geschaffenen "Brettonwoods"-Institutionen müssen einer demokratischen Kontrolle unterworfen werden. Die Rolle der UNO muss neu definiert und in vielen Bereichen gestärkt werden.

Die Wirtschaftspolitik der Weltbank, des IMF und der WTO müssen kritisch analysiert werden, besonders das Streitschlichtungsverfahren der WTO bedarf einer grundlegenden Reform. Andere wichtige Themen sind die Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, der Abbau vom Dumping in der Landwirtschaft...

Dabei werden die Entwicklungsländer mit Nachdruck festhalten, dass nachhaltige Entwicklung nur aus der Verwirklichung aller dieser Forderungen entstehen kann. Es muss als Paketlösung akzeptiert werden: Soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit und die partizipative Demokratie sind allesamt notwendige Bedingungen, die erfüllt sein müssen, um nachhaltige Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene voran zu bringen.

Mike Mathias

Mike Mathias ist Mitglied der "Action Solidarité Tiers Monde" (ASTM).
www.astm.lu

Nächste Woche:

Rio, Kyoto, Jo' & Lux'burg

Das Kyoto-Abkommen ist eines der konkretesten Ergebnisse des Rio-Gipfels. Und eines der umstrittensten.

1) Die 500-seitige Abschlusserklärung und Gründungsakte der WTO wurde von den USA 48 Stunden vor dem Ende der Konferenz vorgelegt. Nicht einmal die Verantwortlichen der EU waren in deren Erarbeitung voll eingebunden, aber alle TeilnehmerInnen der Konferenz mussten die Pille schlucken nach dem Motto: "Vogel friss oder stirb".

2) Ein "Non-Paper" ist ein Arbeitspapier, das noch nicht von allen Verhandlungspartnern als Grundlage für weitere Verhandlungen akzeptiert wurde. Erst wenn ein solches Papier akzeptiert wird, können offizielle Verhandlungen über Meinungsverschiedenheiten, Neuformulierungen usw. stattfinden. Als "Paper" ist das Arbeitspapier noch lange nicht konsens-, aber zumindest verhandlungsfähig.

3) Die Konferenz in Doha galt als gescheitert, mehrere Delegationen der Südländer waren bereits abgereist, als eine Verlängerung um mehrere Stunden eingeläutet wurde. Mit dem Rücken zur Wand wurde weiter verhandelt und - demokratisch - ein Papier abgesegnet, das noch bevor es akzeptiert wurde, zu sehr unterschiedlichen Interpretationen Anlass gab.